

## GASTSPIEL

### Kein Netzbau für unnötigen Kohlestrom

**I**m Süden werden die Kernkraftwerke stillgelegt, im Norden und Osten wird Windenergie zugebaut, und deshalb benötigen wir dringend viele neue Stromleitungen. Klingt überzeugend, ist aber leider falsch. Die Energiewende erfordert die Abregelung konventioneller Kraftwerke, soweit ausreichend erneuerbare Energien zur Verfügung stehen. Die konventionelle Stromerzeugung wird aber keineswegs in nennenswerter Weise an die Stromerzeugung aus Wind und Sonne angepasst. Die von uns auf Basis von Daten der Bundesnetzagentur näher untersuchten geplanten Leitungen von Ostdeutschland nach Bayern geben hierzu ein besonders beredtes Beispiel: Diese sind ausschließlich für den Weiterbetrieb von ostdeutschen Braunkohlekraftwerken zeitgleich zu hoher Einspeisung Erneuerbarer erforderlich. Als Ergebnis werden gerade bei Starkwindlagen von Jahr zu Jahr wachsende Strommengen exportiert, 2013 hatte Deutschland trotz Stilllegung von Kernkraftwerken einen Rekord-Nettostromexport.

Wodurch soll aber zukünftig die Reserveleistung für längere Dunkelflauten von einer Woche und mehr sichergestellt werden?

- Wie derzeit geplant durch Braunkohlekraftwerke im Westen und im Osten mit starken neuen Übertragungsleitungen zu den süddeutschen Kernkraftwerksstandorten? Das ist eine technisch einfache und sichere Lösung, die aber den weiteren Ausbau der Erneuerbaren und damit die Energiewende massiv behindert.
- Oder besser durch schnell regelbare Reservekraftwerke in Süddeutschland, die den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien flankieren und zudem eine sehr kostengünstige Erhöhung der Übertragungsleistung bestehender Leitungen mittels Lei-



PROF. LORENZ JARASS  
Wirtschaftswissenschaftler an der  
Hochschule Rhein-Main  
E-MAIL: [mail@jarass.com](mailto:mail@jarass.com)

terseiltemperaturmonitoring ermöglichen würden.

Im Energiewirtschaftsgesetz sollte festgelegt werden, dass zukünftig die Stromnetze nicht mehr für unnötige Kohlestromeinspeisung und für seltene Windenergiespitzen ausgebaut werden. Wer einen derartigen Netzausbau fordert, sollte auch die resultierenden Kosten tragen, nicht aber, wie derzeit, die Stromverbraucher belasten. Parallel dazu muss der Netzentwicklungsplan neu erarbeitet und dann das Energieleitungsausbaugesetz und das Bundesbedarfsplangesetz entsprechend angepasst werden. Und erst dann wissen wir, ob und in welchem Umfang tatsächlich neue Leitungen für die Energiewende erforderlich sind.